

Liechtensteiner Volksblatt

erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Strahlung bald normal

(spk) Wir dürfen wieder beruhigter atmen — die radioaktive Strahlung in der Luft ist bis am Donnerstag abend weiter zurückgegangen. «Die Radioaktivität liegt nur noch wenig über der Normalwert», heisst es dazu in der jüngsten Mitteilung der Kommission für AC-Schutz (KAC) in Bern. Generell wird der Verzicht auf frisches Blattgemüse und Salat empfohlen.

Während die Strahlungsintensität im Freien (ausgehend von den Feststoffen) seit Mittwoch leicht zurückgegangen ist, wurde im Laufe der Nacht in Gebieten mit starken Niederschlägen wieder ein unbedeutender Anstieg der Radioaktivität festgestellt.

Spitzenreiter

Die liechtensteinische Gastronomie kann sich sehen lassen. In verschiedenen Gourmet-Führern scheinen einzelne Restaurants in den vordersten Plätzen auf. Nun hat die Weltwoche eine Wertung aus drei Restaurant-Führern vorgenommen, um die hundert besten Restaurants der Schweiz (und Liechtenstein) zu ermitteln.

In dieser Rangfolge der kulinarischen Spitzenreiter haben auch zwei liechtensteinische Restaurants Platz genommen. Das Hotel Real (Vaduz) liegt auf Platz 24, nachdem es im letzten Jahr noch zwei Plätze weiter hinten rangiert war.

Das Restaurant Waldhof (Schaanwald) scheint erstmals in dieser Rangliste auf und belegt den 85. Rang.

Autofreier Sonntag: Gönn Dir und der Natur eine Pause...

Am 25. Mai wird der dritte autofreie Sonntag in unserem Land durchgeführt — diesmal ist auch Vorarlberg mit dabei

In den nächsten zwei Wochen werden wir in unserem Land und in der benachbarten Region Plakaten begegnen, die auf den nächsten autofreien Sonntag in unserem Land aufmerksam machen: «Am 25. Mai freiwillig autofrei — Gönn Dir und der Natur eine Pause.» Nach der erfolgreichen Durchführung von zwei autofreien Sonntagen im letzten Jahr wird die dritte Aktion diesmal einen überregionalen Charakter aufweisen, indem sich auch das Bundesland Vorarlberg anschliesst.

An einer Pressekonferenz erklärte der neue Ressortinhaber für Verkehrswesen, Regierungsrat Wilfried Büchel, dass das Fürstentum Liechtenstein mit dem Aufruf zum freiwilligen Verzicht auf zwei Sonntagen im letzten Jahr gute Erfahrungen gemacht habe. Er gab im weiteren seiner Genußnahme Ausdruck, dass der dritte motorfahrzeugfreie Sonntag in unserem Land gleichzeitig mit einer entsprechenden Aktion im Bundesland Vorarlberg durchgeführt werden könne. Daran erkenne man, so Regierungsrat Büchel weiter, wie gross die Signalwirkung einer Aktion sein könne, die ursprünglich klein und vergleichsweise bescheiden angefangen habe.

Plakate und Handzettel

Da Vorarlberg diesmal gemeinsam mit Liechtenstein den autofreien Sonntag durchführt, ist damit zu rechnen, dass der Verkehr von und nach Österreich bedeu-

tend geringer als normal ausfällt, möglicherweise auch weniger stark als an den beiden autofreien Sonntagen. Doch werden die Autofahrer aus dem In- und Ausland auch diesmal schon einige Zeit vorher mit Plakaten und Inseraten in den Zeitungen auf die autofreie Aktion aufmerksam gemacht. Am autofreien Sonntag selbst werden an den Grenzübergängen Handzettel — in grüner Farbe selbstverständlich — verteilt, auf denen mehrsprachig auf die umweltschonende Aktion hingewiesen wird. Die Automobilisten, die dennoch durch unser Land fahren, werden zu vorsichtiger Fahrweise aufgefordert.

Verkehrsregeln gelten

Der Chef der liechtensteinischen Verkehrspolizei, Herbert Meier, unterstrich an der Pressekonferenz, dass die Verkehrsregeln auch am autofreien Sonntag gelten würden. Grundsätzlich begrüsst die Verkehrspolizei derartige Aktionen, macht jedoch darauf aufmerksam, dass sich beide Seiten — Autofahrer wie Nicht-Autofahrer — um gegenseitige Toleranz bemühen sollten. Im letzten Jahr gab es zwar keine Anzeigen, erklärte der Chef der Verkehrspolizei, doch sei es offenbar doch zu einigen unliebsamen Zusammenstößen zwischen den Verkehrsteilnehmern gekommen.

Auch diesmal werden wieder Verkehrszählungen durchgeführt, doch nicht mehr durch Schüler und Verkehrskadet-



Regierungsrat Wilfried Büchel (Mitte hinten) erläuterte an einer Pressekonferenz in Nendeln die geplanten Aktionen zum autofreien Sonntag am 25. Mai. Links neben ihm Walter B. Wohlwend, dessen Pressebüro auch diesmal wieder den autofreien Sonntag betreut, rechts neben ihm Herbert Meier, Chef der liechtensteinischen Verkehrspolizei. (Bild: Xaver Jehle)

ten, sondern mittels der fest installierten Zählanlagen. Die Zahl der Autos kann damit festgestellt, doch nicht nach Nationalität unterschieden werden.

Gemeinsam mit Vorarlberg

An der Pressekonferenz informierte auch der Obmann des österreichischen Naturschutzbundes, Günther Ladstätter, über die geplanten Aktionen in Vorarlberg. Er unterstrich vor allem die Bewusstseinsbildung, die damit in Verbindung stehe und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass möglichst viele auf ihr Motorfahrzeug verzichten würden. Die öffentlichen Verkehrsmittel werden auch in Vorarlberg am autofreien Sonntag zu Spezialtarifen fahren und so eingesetzt werden, dass die Grossveranstaltungen mit ihnen erreicht werden können.

Nulltarif in Liechtenstein

In unserem Land werden am 25. Mai wiederum die Postautos zum Nulltarif fahren, wie Regierungsrat Wilfried Büchel erklärte. Dabei werde in Kauf genommen, dass viele die Postautos nur an diesem Tag benützen oder sogar zu speziellen Fahrten durch das ganze Land ausnützen. In seinen weiteren Ausführungen betonte Regierungsrat Büchel, dass der geplante autofreie Sonntag eine Einladung zum freiwilligen Verzicht darstelle. Freiwilligkeit bedeute, dass «wir versuchen müssen, möglichst viele private Motorfahrzeughalter dafür zu gewinnen, an einem bestimmten Tag aus Solidarität auf die Benützung ihres Autos oder Motorrades — und damit auch auf ein Stück persönlicher Freiheit — zugunsten der Allgemeinheit zu verzichten.»

Liechtenstein wird in das Alarmsystem einbezogen

Abschluss der zweitägigen Konferenz der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee

Die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee, die ihre zweitägige Konferenz in unserem Land abhielt, beschloss als Lehre aus dem Ölunfall in Chur die Ausdehnung des räumlichen Geltungsbereiches für das Melde- und Alarmsystem im Einzugsgebiet des Bodensees. Wie an einer abschliessenden Pressekonferenz in Vaduz erläutert wurde, wird unser Land an dieses Alarmsystem angeschlossen.

Nach den Erläuterungen an der Pressekonferenz in Vaduz hat sich die Kommission an ihrer zweitägigen Konferenz neben dem reichbefrachteten Tagungsprogramm mit dem kürzlichen Ölunfall in Chur beschäftigt und die Lehren aus diesem Unfall, der Mängel im Alarmsystem blosslegte, gezogen. Von der räumlichen Ausdehnung des Alarmsystems wird künftig auch der Kanton Graubünden und Liechtenstein erfasst, indem hier ebenfalls ein Meldekopf eingerichtet wird, wie er in den Mitgliedstaaten besteht. Der Leiter des liechtensteinischen Gewässerschutzamtes, Theo Kindle, bezeichnete diese Massnahme als sehr wichtig für unser Land, da nicht nur Alarm weitergegeben, sondern auch entsprechende Alarme empfangen werden können.

Investitionen haben sich gelohnt

Das Tagungsprogramm in Vaduz umfasste im weiteren einen Situationsbericht über den Stand des Gewässerschutzes am Bodensee. Die Signatarstaaten haben nach Auskunft des Vorsitzenden der Kommission, Ministerialdirigent L. Fischer, mit Befriedigung festgestellt, dass sich die bisherigen Investitionen für Reinhaltmassnahmen in Höhe von mehr als vier Milliarden Franken im Einzugsgebiet des Bodensees kontinuierlich niedergeschlagen hätten. Unser Land hat in den letzten zwei Jahrzehnten, wie Ing. Egon Hilbe vom Gewässerschutzamt in einem Vortrag erklärte, etwa 120 Millionen Franken in Abwasseranierungsmassnahmen investiert und kann derzeit eine Reinigungsquote von etwa 95 Prozent aller Abwässer vorweisen, wobei die speziellen Abwässer der industriellen Betriebe gesondert einer Reinigung zugeführt werden.

Um die Gewässergüte der Zuflüsse und des Bodensees weiter zu verbessern, stellte die Kommission fest, dass das 1985 genehmigte Bau- und Investitionsprogramm, das für die Jahre 1986 bis 1995 gilt, zielstrebig verwirklicht werden müsse, damit dem Schutz des Bodensees weiter die entsprechende Beachtung zuteil werde. Neben den Fragen der Abwasserbeseitigung beschäftigte sich die Kommission auch mit der Phosphorreduzierung in Wasch- und Reinigungsmitteln und erteilte zu den damit zusammenhängenden Fragen sowie zu der routinemässigen Überwachung die entsprechenden Aufträge an die Sachverständigen.

Konflikt zwischen Zivilisation und Natur

Die Internationale Kommission für den Gewässerschutz am Bodensee wurde nach Abschluss der offiziellen Tagung von Bürgermeister Arthur Konrad zu einem Aperitif eingeladen. Der Vaduzer Bürgermeister unterstrich dabei in seiner Ansprache die Wichtigkeit der Bestrebungen um den Gewässerschutz und dankte den Organisatoren zu ihrem Abschluss, die Tagung in Vaduz abzuhalten. Anschliessend begaben sich die Teilnehmer der Tagung auf Schloss Vaduz, wo sie von S.D. Erbprinz Hans Adam empfangen wurden. Vorher waren die Tagungsteilnehmer bereits Gäste der Regierung gewesen und dabei von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille begrüsst worden. Der neue Ressortinhaber für Umweltschutz betonte in seiner Ansprache die Bedeutung der Schutzmassnahmen für die Reinhaltung der Gewässer und die Reinigung der Abwässer und führte dann folgendes aus: «Nachdem man in einem jahrhundertalten Kampf den Rhein in die Schranken gewiesen hat, sind durch die rasante Technik und Industrialisierung neue Probleme entstanden. Die Umwelt ist in Gefahr. Sie bedarf mehr denn je unserer Obsorge und Pflege. Die Umwelt ist nicht ein nationales, sondern ein übernationales, grenzüberschreitendes Anliegen, dem das Interesse aller Staaten gelten muss. In den Siebzigerjahren ist der grundsätzliche Konflikt zwischen Zivilisation und Natur in verstärkter Masse in unser Bewusstsein gerückt. Die Umwelt geht uns alle an, ob man nun direkt von einem Problem betroffen ist oder nicht.

Grenzen der Sozialpolitik

Generalversammlung der Industrie- und Handelskammer

Die Industrie- und Handelskammer kann auf ein recht erfolgreiches Wirtschaftsjahr 1985 ihrer Mitgliederfirmen zurückblicken. An der Generalversammlung am Mittwoch abend drückte Präsident Toni Hilti seinen Dank und seine Genußnahme über die Exporterfolge aus. In einem Vortrag nahm Prof. Walter Wittmann Stellung zu «Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpolitik».

Das Wirtschaftsjahr 1985 hat der liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, wie bereits berichtet, einen neuen Rekord in den Exportzahlen gebracht. Im letzten Jahr exportierten unsere Industriebetriebe im Gesamtwert von 1.188 Milliarden Franken, womit sich im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 10.4 Prozent ergab.

An der Generalversammlung wies der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Toni Hilti, auf dieses gute Ergebnis hin und gab seiner Hoffnung auf ein ebenso erfolgreiches Wirtschaftsjahr 1986 Ausdruck. Die statutarischen Geschäfte wurden recht speditiv erledigt, der Vorstand mit Toni Hilti und Peter Frick an der Spitze für eine neue Amtsdauer wiedergewählt und an den Partnerschaftsfonds des Arbeitnehmerverbandes den Beitrag von 15 000 Franken überwiesen.

Über die «Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpolitik» referierte anschliessend Prof. Walter Wittmann, der keine allzu grossen Hoffnungen in den Wohlfahrtsstaat setzt, da dieser nicht mehr finanzierbar sei. Er forderte eine systemgerechte Sozialpolitik, die der Wirtschaft angepasst werden müsse. Im weiteren gab er seiner Überzeugung Ausdruck, dass die Wirtschaft revitalisiert werden müsse,

und gab sich überzeugt, dass in diesem Fall in den neunziger Jahren wieder mit einer Aufschwungphase gerechnet werden könne.

Ganz entschieden sprach sich Prof. Wittmann gegen das Obligatorium der betrieblichen Vorsorge (2. Säule) aus, da nach seiner Ansicht mit den heutigen Anlagemöglichkeiten keine soziale Sicherheit mehr gewährleistet werden kann.

«Maul»würfe

Der «Maulwurf», nach eigener Darstellung die «Zeitung für Liechtenstein», ist dieser Tage zum vierten Mal erschienen. Das Blatt, gemacht um heisse Themen aufzugreifen und Unerhörtes zu publizieren, setzt den Schwerpunkt auf die Dauerbrenner «Landtagspräsident und Treuhänder» sowie «Philosophische Akademie und Opus Dei». Freilich, über Dr. Karlheinz Ritter und seine Geschäfte wird nicht mehr verbreitet als SPIEGEL und WELTWOCHEN bisher schon veröffentlicht haben. Und über die Verbindungen zwischen Opus Dei und Philosophischer Akademie gibt es weiterhin nur Mutmassungen, nicht aber hieb- und stichfeste Beweise.

Als selbsternannte Juroren verteilen die Maulwürfe erstmals auch Preise, wobei ein «Goldener Bock» für besonders ärgerliche Leistungen an das «Liechtensteiner Vaterland» geht, ein «Goldener Maulwurf» an das Amt für Volkswirtschaft und seine Bereitschaft, künftig Hausfrauen und Studenten in den Statistiken nicht mehr als «Nicht Aktive», sondern als «Nicht Erwerbstätige» einzustufen.



Expertengespräche am Rande der zweitägigen Konferenz der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee, die erstmals in unserem Land abgehalten wurde. Von links Ing. Egon Hilbe (Amt für Gewässerschutz), Ministerialdirigent L. Fischer, der die Tagung als Vorsitzender leitete, Ing. Theo Kindle (Leiter des Gewässerschutzamtes) und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, der die Gäste aus der Schweiz, aus Österreich und Deutschland begrüsst und auf die Bedeutung des Gewässerschutzes hinwies. (Bild: Brigitt Risch)